

# Luzerner Zeitung

Montag, 16. Januar 2017

AZ 6002 Luzern | Nr. 12 | Fr. 3.50 | € 4.- www.luzernerzeitung.ch



**Spielmacher**  
So geht FCL-Profi  
Markus Neumayr mit seiner  
Vorbildfunktion um. 23

## Deutscher Neonazi ausgewiesen

**Willisau** Das von der Partei national orientierter Schweizer kurzfristig nach Willisau verlegte Neonazi-Konzert hat dort am Samstag auch tatsächlich stattgefunden – allerdings streng begleitet von der Luzerner Polizei, wie deren Mediensprecher Kurt Graf gestern mitteilte. Gesetzeswidrige Handlungen seien verhindert worden, so die angekündigten Auftritte der italienischen Band Bronson und des verurteilten deutschen Rappers Makss Damage. Letzterer scheint von der Polizei sogar an die Grenze gestellt worden zu sein. Graf spricht von einem Mann, «gegen den eine von Fedpol gültige Einreiseperrre in die Schweiz bestand». (red) 12

## Stadt will in den Verband zurück

**Luzern** Nachdem die Stadt Luzern im Jahr 2014 aus dem Verband Luzerner Gemeinden (VLG) ausgetreten ist, prüft sie jetzt einen Wiedereintritt. «Die aktuelle Situation ist aus Sicht des Stadtrats nicht ideal», sagt Stadtpräsident Beat Züsli (SP). Er bestätigt, dass erste Abklärungen bereits laufen. VLG-Geschäftsführer Ludwig Peyer würde einen Wiedereintritt der Stadt begrüssen. «Der Ball liegt jetzt bei der Stadt», sagt er.

Der Austritt erfolgte damals gegen den Willen des Stadtrats. Die Mehrheit des Stadtparlaments verlangte diesen Schritt, weil sie mit dem VLG höchst unzufrieden war. (red) 10

## Friedensgipfel ohne Betroffene

**Nahost-Konflikt** Vertreter aus über 70 Ländern haben sich gestern in Paris getroffen, um über die Zukunft des Nahen Ostens zu verhandeln. In der Schlussklärung sprechen sich die Staaten für eine Zweistaatenlösung im Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern aus.

Doch der Appell dürfte wirkungslos verhallen, denn weder Vertreter aus Israel noch von den Palästinensern nahmen am Gipfel teil. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sprach denn auch von einer «Farce». Netanjahu setzt seine Hoffnungen in den neuen US-Präsidenten Donald Trump. (red)  
Kommentar 6. Spalte 7

# Roter Pass ist heiss begehrt

**Einbürgerungen** Lange ist die Zahl der Einbürgerungen zurückgegangen. In den letzten zwei Jahren ist sie wieder gestiegen. Ein Trend, der sich bald wieder ändern dürfte.

2016 dürften sich so viele Ausländer eingebürgert haben wie schon lange nicht mehr. Bis Ende November 2016 waren es 37 700 Personen, wie die Zahlen des Staatssekretariats für Migration (SEM) zeigen. Die Zahlen für den Dezember liegen noch nicht vor, doch es ist davon auszugehen, dass 2016 mehr Menschen eingebürgert wurden als im Jahr 2015, als 40 600 Ausländer den roten Pass erhielten.

Der Grund für die Zunahme ist historisch bedingt. Laut dem Genfer Migrationsforscher Philippe Wanner lassen sich in letzter Zeit viele in den 1990er-Jahren zugewanderte Personen aus dem Balkan einbürgern. «Diese Zuwanderer erfüllen inzwischen die Anforderungen bezüglich

Wohnsitzfrist», begründet Wanner. Denn wer sich in der Schweiz einbürgern will, der muss mindestens 12 Jahre hier leben.

Der Präsident der Eidgenössischen Migrationskommission, Walter Leimgruber, sieht noch weitere Gründe für die jüngste Zunahme. Zum einen Sorge die wirtschaftliche Flaute in Südeuropa dafür, dass von dort zugewanderte Menschen ihre Zukunft langfristig in der Schweiz sehen. Weiter Sorge die anhaltende innenpolitische Debatte über Verschärfungen im Ausländerrecht dafür, dass sich mehr Migranten einbürgern lassen wollen.

Die Zunahme der Einbürgerungen dürfte aber bald wieder vorbei sein. Anfang 2018 treten Gesetzesverschärfungen in Kraft.

**37 700**

Personen haben sich letztes Jahr bis Ende November einbürgern lassen.

**16 900**

davon fielen auf Bürger aus Nicht-EU-Ländern, alleine 3000 auf den Kosovo.

Eine Niederlassungsbewilligung wird zur Pflicht. Vorläufig Aufgenommene können dann nicht mehr wie bisher eingebürgert werden. Das Parlament geht davon aus, dass sich darum jährlich rund 3500 Ausländer weniger einbürgern lassen werden. Auch ein Ja zu den erleichterten Einbürgerungen für Ausländer der dritten Generation am 12. Februar dürfte daran nichts ändern, denn zu den geschätzten 24 650 Personen, welche die vorgesehenen Kriterien erfüllen, kämen in naher Zukunft jährlich nur rund 2300 Personen dazu. Die vorgesehenen Erleichterungen reichen also nicht aus, um den Rückgang durch die ab 2018 geltenden Verschärfungen zu kompensieren. (red) 3

## Ihnen entwischt kaum ein Vogel



**Luzern** Ornithologen in ganz Europa zählten gestern die überwinterten Wasservögel – auch im Luzerner Seebecken. Fünf Teams machten sich schon früh am Morgen ans Ufer auf, um mit Zähler, Fernglas und Notizblock Kormorane, Haubentaucher und Co. zu zählen und zu dokumentieren, was aber nicht immer ganz einfach ist. 12

Bild: Boris Bürgisser (Luzern, 15. Januar 2017)

Kommentar

## Zwei gegen den Rest der Welt

**Hohe politische Vertreter aus nicht weniger als 75 Staaten sind gestern in Paris zusammengekommen**, um sich gegenseitig zu versichern, wie viel ihnen an einer Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt liegt. Nur Donald Trump ist nicht eingeladen. Dass der Friedensgipfel kaum eine Woche vor seinem Einzug ins Weisse Haus stattfindet, muss er als Affront empfinden. Die Gipfelteilnehmer gehen in Sachen Nahost-Politik auf Konfrontationskurs mit dem designierten US-Präsidenten, weil er ankündigte, die Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen, und weil er einen Gönner des israelischen Siedlungsprojekts zum Chef des diplomatischen Korps vor Ort ernannte. Stand Israel bislang allein gegen den Rest der Welt, so gesellt sich fortan Amerika auf die Seite der Zionisten.

Den Menschen im Heiligen Land, die sich den Frieden wünschen, nützen weder Trump noch die französische Initiative. 50 Jahre Besatzung und fast 25 Jahre Friedensverhandlungen – der Pariser Gipfel wird in den Geschichtsbüchern untergehen wie so viele Nahost-Konferenzen, welche die beiden Völker in ihrem erklärten Ziel der zwei Staaten keinen Schritt weiterbrachten. Israel lässt sich den Frieden weder mit Mahnungen noch mit Versprechungen aufzwingen, und die Palästinenser sind nicht einmal in der Lage zur Versöhnung im eigenen Volk. Ein machtloser Palästinenserpräsident, dem augenscheinlich viele Länder der Welt Rückendeckung versprechen, muss zusehen, wie die neue US-Administration auf den Kurs der rechtsgerichteten israelischen Regierung einschwenkt und unterstützt, was bisher immer abgelehnt wurde: Jerusalem als ungeteilte ewige Hauptstadt und eine ungezügelter Siedlungspolitik.



Susanne Knaut/Jerusalem  
nachrichten@luzernerzeitung.ch